

# ZEITUNG IN DER ZEITUNG

„Eine Seite zur Politik“ vom SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller

www.heinrich-aller.de

Ausgabe Nr. 36 / August 2008

aktuell und informativ

Liebe Leserinnen und Leser,



Urlaubszeit, Parlamentsferien, Schulferien. Wir alle schalten in den Sommermonaten einen Gang zurück. Gleichzeitig scheinen alle Organisationen und Institutionen noch einmal einen Zwischenspur einzulegen. Fast ist es

so, als wollten sich alle in den letzten Tagen vor dem medialen „Sommerloch“ noch einmal in Erinnerung bringen. Trotzdem – auch scheinbar wichtige Angelegenheiten werden jetzt auf „Wiedervorlage“ gelegt. Aber: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Was wollen die Wähler? Was will die Wirtschaft? Was will der Staat? – Drei Fragen, auf die – je nach Interessenlage – unterschiedlichste Antworten gegeben werden. Was fehlt ist der gesellschaftliche Konsens in den zentralen Zukunftsfragen. Gerade in Deutschland stehen wir vor der wichtigen Aufgabe, Europa immer wieder als Chance zu vermitteln. Dafür ist mehr Geschlossenheit und einheitliches Auftreten der deutschen Politik eine wichtige Voraussetzung. Ein Rückfall in die europäische Kleinstaaterei würde nur die internationalen Wettbewerber stärken. Faire und erfolgreiche Politik in Brüssel braucht aber deutliche Signale aus Deutschland.

Hier ist auch die deutsche Sozialdemokratie gefordert. Sie muss für die künftige sozialistische Fraktion im Europaparlament Orientierungspunkte formulieren. Nur überzeugende „Botschaften“ zu Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, Bildung, Wirtschaftsordnung und Umweltpolitik schaffen Akzeptanz und Motivation, im Juni 2009 zur Wahl zu gehen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer!

  
Ihr Heinrich Aller, MdL

## Impressum:

ViSdP: Heinrich Aller, MdL, Odeonstraße 15/16,  
30159 Hannover, Telefon: 0511-1674-242,  
Fax: 0511-2155837, E-Mail: info@heinrich-aller.de

## Sommertheater in den Medien: Wohin springt der Wulff?

**Kanzler werden will er nicht - und selbst wenn: Er wird es nicht.**

Hat Wulff sich verzockt? – Mit seiner Interviewserie rechtzeitig zum medialen Sommerloch ist er zwar wieder einmal wie sorgfältig geplant in die Schlagzeilen der deutschen Presse gekommen. Das Medienecho kann die Strategen in der Niedersächsischen Staatskanzlei jedoch nicht gefreut haben. „Kanzler traue ich mir nicht zu“ titelt der „stern“ und schreibt über Wulffs Ambitionen bereits in der Vergangenheit: „Er galt als natürlicher Nachfolger von Angela Merkel...“



**Sommertheater der anderen Art:** Tausende Besucherinnen und Besucher haben im Gegensatz zum von Wulff inszenierten medialen Sommertheater in den Herrenhäuser Gärten ein weitaus angenehmeres Schauspiel erleben können. Auch in diesem Jahr war das „Kleine Fest im Großen Garten“ ein Highlight der Saison.

Noch deutlicher liest sich die Überschrift am 17. Juli in der Nordwest-Zeitung: „Wulff: Werde kein Kanzler“. Wulff vollkommen abzuschreiben wäre sicher fahrlässig. So lautet die entsprechende Headline in der FAZ denn auch „Der Wulff im Schafspelz“ und die Frankfurter Rundschau spielt auf „Das Lächeln von Herrn Wulff“ an.

Den aufmerksamen Beobachtern ist nicht verborgen geblieben, dass Christian Wulff immer dann die Leimrute für die Medien ausgelegt hat, wenn es im „eigenen Laden nicht ganz rund lief“. Spätestens seit der Landtagswahl 2008, die Wulff zwar im Amt bestätigt, der CDU/FPD aber bei weitem nicht den erwarteten grandiosen Wahlerfolg gebracht hat, mehren sich die kritischen Stimmen sogar in der eigenen Partei. Die „Übergabe“ des CDU-Parteivorsitzes in Niedersachsen an seinen Kronprinzen David McAllister erfolgte seltsam geräuschlos und unspektakulär. Ob dahinter eine vereinbarte Strategie nach dem Muster Wulff nach

Berlin und McAllister in die Staatskanzlei steckt, ist nach dem „stern“-Interview völlig unklar. Fest steht nur der Zeitpunkt, zu dem sich der Nebel lichten wird. Spätestens nach der Bundestagswahl und je nachdem wie die künftigen **→ Fortsetzung auf Seite 2**

Treffend beschreibt Lars Ruzic in seinem Kommentar in der HAZ vom 22.07.08 die Rolle der Regierung Wulff:

„Schon heute zeigt sich, wie unzuverlässig das Wirtschaften künftig wird. Die drei Konzernvorstände wissen nicht einmal, wie hoch die Großaktionäre ihre Anteile eigentlich schrauben wollen. Und auch die Politik wird sich ihrer ganzen Machtlosigkeit bewusst. Nicht einmal bei VW, wo das Land ein Fünftel der Aktien hält, konnte Ministerpräsident Christian Wulff Porsche aufhalten. Er könnte als der Regierungschef in die Geschichte eingehen, in dessen Amtszeit der Machtverlust von Niedersachsens wichtigsten Konzernen fällt.“



**Krönender Abschluss des 9. Internationalen Musikfestivals in Seelze:** Auch in diesem Jahr war die MuSe ein großer Erfolg - Schirmherr Heinrich Aller dankte den engagierten Machern Robert Leschik und Christoph Slaby und ihrem Team.



**Alles Gute auf dem nach Brüssel:** Die SPD Region Hannover schickt Bernd Lange, Erika Mann und Nils Hindersmann ins Rennen um die Europawahlkandidaturen. Parteichef Aller und seine Stellvertreter gratulierten den Gewählten.



**10 Jahre Alter Krug in Seelze:** Das Jubiläum des erfolgreichen Zentrums in Seelzes Mitte feierten jetzt gemeinsam Heinrich Aller und die Geschäftsleute, die Beschäftigten und die Bewohnerinnen und Bewohner der AWO-Seniorenanlage.



**Stammtisch in Langenhagen:** Eine alte Tradition lässt jetzt die SPD-Abteilung Langenhagen aufleben. Zum politischen Stammtisch lud die Vorsitzende Inga Bohr neben Heinrich Aller MdL auch Bürgermeister Friedhelm Fischer ein.



**Tolle Stimmung in Barsinghausen:** Beim „Sommer in der Stadt“ war für Groß und Klein alles dabei. Auf dem „Thie“ vergnügten sich die Kinder bei Spielen. Heinrich Aller war mit SPD-Chef Bernd Gronenberg zu vielen Gesprächen unterwegs.

→ Fortsetzung von Seite 1

Regierungsmehrheiten in Berlin sein werden, wird die Frage geklärt, ob Wluff und McAllister weiter nur Kronprinzen bleiben. Dass es ein Stühlerücken im Landeskabinett geben wird ist sicher.

Fest steht auch, dass die Souveränität und die niemals hinterfragte Autorität mit der Christian Wulff in seiner Mehrfachrolle als Ministerpräsident, CDU-Landes- und stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender je nach Gefechtslage Themen und Medien für seinen scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg einspannte, seit der Landtagswahl 2008 sichtbar zu bröckeln beginnt. Wulff und seine Strategen in der Staatskanzlei schwächeln im niedersächsischen Regierungsgeschäft. Die handwerklichen Fehler häufen sich. Tausende gehen auf die Straße und erzwingen Kurskorrekturen. Das visionäre an Wulffs Politik verliert zunehmend Anziehungskraft. Vor allem da, wo Niedersachsen eigentlich der Nation den Weg weisen wollte, isoliert sich die neoliberale „freiheitlich-bürgerliche Erfolgskoalition“ von CDU und FDP – wie in der Schul- und Bildungspolitik.

Gefährlich wird für Wulff, die CDU und FDP in Niedersachsen jedoch die Bilanz für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Gegen jede Vernunft haben sich Wulff und Hirche, McAllister und Rösler darauf verlassen, dass die Laissez-Faire-Politik der Landesregierung in der Wirtschaftspolitik und der unsinnige Verzicht auf eigene Impulse durch gezielte Zukunftsinvestitionen ganz nach vorn bringen würden. Die zweite Koalitionsvereinbarung beider Parteien ist deshalb ein Dokument des eigenen Versagens. Schlimmer noch: Das „Weiter So“ wird festgeschrieben. Dabei zeigen der Direktvergleich mit Gerhard Schröders aktiver niedersachsenorientierter Wirtschafts- und Strukturpolitik oder die aktive Rolle Hamburgs, Bayerns oder Nordrhein-Westfalens wie man's richtig macht. Dahinter steht die Erkenntnis, dass ein Bundesland wie Niedersachsen ohne robuste Wirtschaft und vor allem ohne stabile industrielle Kerne niemals als Flächenland erfolgreich sein kann.

Wulffs Politik hat Niedersachsen im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftszentren geschwächt. Er kann sich auch nicht hinter einem schwachen FDP-Wirtschaftsminister Walter Hirche verstecken. Volkswagen/Porsche, Tiefwasserhafen, Karmann, Airbus und manche mehr stehen als Beispiele für den falschen Kurs in der Landespolitik. Ganz aktuell verhalten sich Wulff und Hirche wieder seltsam passiv. Immerhin geht es mit TUI und Conti um zwei Dax-notierte Traditionsunternehmen in Niedersachsen. Da geht

es um Konzernsitze, Einfluss, Arbeitsplätze aber auch um einen Flughafen für Norddeutschland, tausende von Arbeitsplätzen und letztlich um Steuern und Finanzkraft eines Bundeslandes.

Vielleicht ahnt Christian Wulff, dass Politik mehr ist als Schlagzeilen produzieren. Gedrucktes kann man nachlesen. Bilanzen auch. Die Aktien von Wulff und seiner Regierung stehen längst nicht mehr so gut. Tendenz fallend. Da scheint es logisch, dass der Kronprinz nicht durch überzogene Ambitionen die Aufmerksamkeit auf die magere eigene Leistungsbilanz als Regierungschef lenkt. ■

**SPD-Abgeordnete bei TUIfly: Standort Langenhagen darf nicht geschwächt werden!**



Gemeinsam mit dem örtlichen Abgeordneten **Marco Brunotte** führten **Heinrich Aller** und weitere SPD-Parlamentarier ein Gespräch mit dem Betriebsrat und besichtigten das Tourismusunternehmen, das zur TUI-Gruppe gehört.

Hans-Dieter Rüter, Vorsitzender des Betriebsrats von TUIfly, berichtete: Insgesamt beschäftigt TUIfly mehr als 2000 Mitarbeiter, davon arbeitet ungefähr die Hälfte am Unternehmenssitz in Langenhagen. „Mit 48 Flugzeugen und jährlich 12,5 Millionen Passagieren sind wir die drittgrößte deutsche Airline“, sagte Hans-Dieter Rüter.

Seit 2007 laufen Verhandlungen zwischen TUI und der Lufthansa mit dem Ziel die jeweiligen Töchter Germanwings und Eurowings sowie TUIfly zu fusionieren. „Wir befürchten, dass bei einer Fusion, die wirtschaftlich notwendig ist und die viele Vorteile für uns hätte, viele hochqualifizierte Arbeitsplätze von Langenhagen nach Köln verlagert werden“, sagte Hans-Dieter Rüter. In Köln hat Germanwings seine Unternehmenszentrale.

Die SPD sagte Unterstützung zu: „Wir werden uns für den Standort und die Beschäftigten stark machen.“ Bei einer Fusion müsse ein Personalabbau verhindert und der Standort nachhaltig gesichert werden. ■